RUNDSCHREIBEN NUMMER 16 / V U V 20.7.76

Dieses RS enthält-eine Begründung für das Nichterscheinen des
von der Leitung geplanten Papiers zur VUV
- den Beschluß der Leitung zur Beurlaubung des Gen. W.W. von der Leitungsarbeit
- einen Bericht von M.K. über unsere Arbeit zum Lehrerstop

Das von der Leitung geplante Papier über die hauptsächlichen Probleme in der Organisation wird nicht erscheinen. Wir sind bei der Ausarbeitung des Papiers auf einige Schwierigkeiten gestoßen, die vor dem Urlaub einzelner Leitungsmitglieder nicht mehr gelöst werden können. Da dieses Papier sowieso als Vorarbeit zum Rechenschaftsbericht gedacht war, wird es nun direkt in den RB hineingearbeitet werden.

E.R.

Die Leitung hat beschlossen, Genossen W.W. bis zur DK zu beurlauben. Auf Grund der mangelnden politischen ideolog. Erfahrungen war es für W.W. sehr schwer, einen guten Beitrag zur Leitungstätigkeit zu erbringen, die Probleme, die erhatte, in der Leitung zudiskutieren und seine Anleitungstätigkeit wahrzunehmen.
Das alles hat sich abgespielt auf Grundlage der schlechten Leitungstätigkeit insgesamt. Dazu kam, daß Gen. W.W. in eine Krise seiner beruflichen Tätigkeit gekommen ist.
All diese Probleme haben dazu geführt, daß W. W. an der Möglichkeit zu zweifeln begann, daß seine berufliche Tätigkeit mit der Tätigkeit in einer kommunistischen Organisation zu verbinden ist, bzw. hat er zur Diskussion gestellt, ob der Beitrag, den er zum Zustandekommen der sozialistischen Revolution leisten kann, nicht überhaupt nur in der Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit liegt. Er hat gleichzeitig einen Antrag auf Beurlaubung gestellt. Wir haben die Probleme daraufhin in der Leitung ausführlich diskutiert. Dabei sind wir zu dem Schluß gekommen, daß es auf Grund der Schwierigkeiten und der persönlichen Belastung Gen. W.W. nicht möglich sein wird, einen positiven Beitrag zu Leistungsarbeit zu leisten. Wir haben daher beschlossen, ihn bis zur DK von der Leitungstätigkeit zu beurlauben.
Er wird nach seinen Urlaub entsprechend seinen Möglichkeiten in der Sektion Lultur mitarbeiten .
Da die Aufgabe der Leitung bis zur DK hauptsächlich darin bestehen wird, durch einen RB Grundlagen für die weitere Arbeit zu schaffen, ist es auch nicht sinnvoll, jetzt einen neuen Genossen in die Leitung aufzunehmen.

Schluß von S. 4:
zu nehmen gewesen, in denen die Kollegen die Gewerkschaft zur Unterstützung der Forderungen auffordern. Trotz dieser mangelhaften Vorbereitung wurden in 3 Schulen auf Initiative von Genossen Resolutionen verabschiedet. Die Erfahrungen dabei wurdenaber nicht zusammengefaßt.

M.K. i.A. d. Ltg.

Lehrerstop

Dieser Bericht dient dazu, die Erfahrungen, die wir in der Frage des Lehrerstops gemacht haben, zusammenzufassen. In unserer Arbeit dazu sind Mängel besonders krass zutage getreten, die in unserer Politik insgesamt immer wieder auftreten. Überdies wird diese Frage im Herbst wieder eine Rolle spielen,und es ist notwendig, Voraussetzungen für das Auftreten zu schaffen. Es soll nochmals auf die Linie eingegangen werden, weil sich herausgestellt hat, daß es in der Organisation beim Entfalten der Politik zu der Frage einige Schwierigkeiten und Probleme auch bezüglih Linienfragen gegeben hat,

Die Zusammenfassung der Erfahrungen der Organisation ist recht schwierig, weil die Sektionen ihre Erfahrungen weder von der Agitation in der Stadt noch von der unter Kollegen zusammengefaßt haben (nur von einigen Genossen sind Protokolle eingelangt).
Der Lehrerstop bedeutet eine weitere Verschlechterung der Zustände im VBW. Die hohen Klassenschülerzahlen bleiben aufrecht, die Unterrichtsbedingungen sind schlecht, Stunden entfallen (siehe KLAKA 8/76) . Er bedeutet weiters eine Verschlechterung der Lage der Lehrer, auf die vielfacher Druck ausgeübt wird und die noch mehr als bisher gespalten werden.
Die Zusammenhänge, warum der Staat gerade heute zu der Maßnahme des Lehrerstops greift, sind noch nicht ausreichend untersucht worden. Ich kann jetzt nur einige Ansatzpunkte sagen: In den 50-er und 60-er Jahren herrschte ein akuter Lehrermangel. Die Schulreformen brachten eine Ausdehnung der Schulpflicht (polytechnischer Lehrgang), eine breite Streuung und Differenzierung der AHS und die Einführung von Schulversuchen. (Aufgrundlage welcher objektiven Bedingungen diese Reformen gemacht worden sind, müßte untersucht werden.) Der Staat hat daraufhin die Lehrerausbildung stark forciert, z.B. wurden massenhaft AHS- Absolventen durch die Berufsberatung zum Lehramtsstudium gebracht, Einführung der PÄDAK. Heute, wo diese Lehrer fertig werden, fehlt das Geld, sie einzustellen. Dies zeigt auch die Unfähigkeit des STaates zu planen
Der Staat versucht diese Maßnahme nun auf verschiedene Weise durchzusetzen. Zunächst einmal durch die Verschärfung der Lehramtsprüfung, damit wird erreicht, daß die Reservearmee nicht zu groß wird. Gleichzeitg wird versucht, verschiedene Meldungen zu dementieren, und die tatsächliche Situation zu verschleiern. (Aufgabe der Sektion VBW wird es ein, diese "argumente" u.a. von Sinowatz zu entkräften, und hier Enthüllungsmaterial zur Verfügung zu stellen). Es wird versucht, den "Beamtenhaß" der Bevölkerung auszunutzen. Auch die Spaltung unter der Lehrerschaft wird ausgenutzt, um diese Maßnahmen durchzusetzen.
Aus diese r Situation ergeben sich die Forderungen nach
Einstellung aller geprüften Lehrer , nach
Vertragsverlängerung für alle Sondervertragslehrer , und gegen
jede Verschärfung der Lehramtsprüfung.

Die Aufgabe derKommunisten war es, die Bewegung gegen die Maßnahmen zu unterstützen, und das Volk für die Unterstützung dieser Forderungen zu gewinnen. Dazu mußte in der Agitation herausgearbeitet werden, daß und warum diese Forderungen im Interesse des Volkes liegen. Der KB hat in seiner Zeitung zu dieser Frage Stellung ge-

nommen und Flugblätter vor den Betrieben verteilt, um möglichst viele Leute für die Teilnahme an der Demonstration zu gewinnen. Die VUV hat den KB nicht nur im Rahmen ihrer normalen Unterstützungstätigkeit im Statdverkauf und beim Verteilen unterstützt, sondern auch noch vier eigene Stände in der Stadt und eine Veranstalrung organisiert, weil vorher zu dieser Frage kaum eine Politik gemacht worden war, und es deshalb sinnvoll und notwendig war, unsere Kraft dafür einzusetzen, möglichst wirkungsvoll für die Demonstration zu mobilisieren.
Das Auftreten mußte vorbereitet werden, dabei sind bestimmte Probleme aufgetaucht. Außer in der Sektion VBW wurde kaum irgendwo eingesehen, daß es sinnvoll und richtig war, 'dazu aufzutreten.
Das hat sich gezeigt bei der Organisierung der Stände - es war sehr schwer, Leute dafür zu finden. Es hat auch keinerlei Initiativen der Sektionen gegeben, Berufstätigen, die um 16.00 nicht zu einem STand kommen können, ein Auftreten zu ermöglichen (z.B. ein Stand in der Früh). Die Unklarheit über die Wichtigkeit der Frage hat sich auch darin gezeigt, daß außer Genossen der Sektion VBW niemand zur Agitationsvorbesprechung gekommen ist. Diese war aber unbedingt nötwendig, da ja die Frage des VBW kein kontinuierlicher Bestandteil unserer Politik war.
In den meisten Einehiten wurde diese Frage mangelhaft, zumindest aber sehr spät diskutiert.
Große Mängel zeigten sich in der operativen Anleitung durch die Leitung. Hier ist es nicht gelungen, die Probleme so in die Organisation zu tragen, daß es den Einheiten gut möglich gewesen wäre, Politik zu dieser Frage zu machen. Gezeigt hat sich auch wieder einmal, daß die Einheiten es nicht verstehen, sich konkrete Ziele für die Gewinnung von Kollegen, Sympathisanten zu stecken, bzw. zu überlegen, in welche Zusammenschlüsse man organsiert bestimmte Fragen hineintragen kann. Es gibt keinerlei Untersuchungen darüber, auf welche Bedingungen man dabei stößßt, wenn man in bestimmten Bereichen Politik macht. Gezeigt hat sich auch wieder einmal, daß es keinerlei Ansätze für ein geregeltes Berichtswesen gibt, das es ermöglichen würde, die Erfahrungen zusammenzufassen.

Die Veranstaltung hat im wesemtlichen ihr Ziel, zusätzlich für die Demonstration zu mobilisieren, erfüllt. Die organisatorischen Mängel haben sicherlich die Mobilisierung für die Veranstaltung sehr erschwert. Es ist uns überdies nicht gelungen, die ganze Veranstaltung im Auge zu behalten, die Planung blieb auf das Referat beschränkt, daher verlief die Diskussion schleppend und unergiebig, und es konnten wesentliche Fragen nicht genauer herausgearbeitet werden. Zur Teilnahme an der Veranstaltung konnten von uns nur Lehrer gewonnen werden.
Zur Teilnahme an der Demonstration konnten 10 Leute gewonnen werden, (davon 8 Lehrer) Alle Leute von VBW und KLAJU (Das Flugblatt wurde auch unter den Bewährungshelfern verteilt; Erfahrungen vom Auftreten dort, gibt es keine, da es schwierig war, die Leute zu erreichen. Die Sektion VBW hat die Erfahrungen des Auftretetens unter den Kollegen nicht zusammengefaßt).

Es sind in der Debatte einige Fragen bezüglich der Linie unseres Auftretens aufgetaucht. Zunächst einmal, wieso die Frage des Lehrerstops etwas mit dem VBW zu tun hat, bzw, warum wir hier auf der Linie der demokratischen Forderungen zum VBW auftreten und nicht viel stärker die Ebene der Staatstätigkeit insgesamt XXXXX in den Vordergrund stellen, also zeigen, was mit dem Geld geschieht, wo eingespart wird usw.

Der Ausgangspunkt ist, daß das Volk an verschiedenen Punkten immer wieder in Widerspruch zum bürgerlichen Staat gerät, demokratische
1 Bestrebungen entwickelt. Die Aufgabe der Kommunisten ist es, diese demokratischen Bestrebungen zu unterstützen, sie zusammenzufassen und gegen den bürgerlichen Staat zu richten. Die Feindschaft des Volkes gegenüber dem bürgerlichen Staat soll geschürt werden, und die Bereitschaft des Volkes, dem Staat bestimmte Rechte abzutrotzen. In jedem Kampf soll klargestellt werden, daß der bürgerliche Staat das entscheidende Hindernis ist, für die Durchsetzung gerechter Interessen.
In diesem Fall handelt es sich um eine Maßnahme des bürgerlichen Staates, die ein Verschlechterung XM der Verhältnisse in der Ausbildung der Kinder der breiten Volksmassen bedeutet. Gegen diese Verschlechterung aufzutreten, bedeutet nicht "mehr Lehrer" oder "mehr Geld" zu fordern und damit Illusionen hervorzurufen, daß sich dadurch etwas ändertim VBW. Es bedeutet vielmehr, die Kampfbereitschaft gegen diese Maßnahme zu erhöhen, und die Perspektive zu weisen, daß es notwendig und möglich ist, daß das Volk seine Interessen durchsetzt.
Das ist nur möglich, wenn man umfassend den Charakter des Staates aufzeigt. Dazu genügt es keinesfalls, zu sagen, daß der Staat das Volk auspländert und bei den Einrichtungen fürs Volk spart. Vielmehr geht es darum, an Hand jeder konkreten Maßnahme aufzuzeigen, wie diese seinem Charalkter entsprechen. Es muß XX gezeigt werden, daß der bürgerliche Staat als Volkserzieher kein XXXXXXXXXXXXX-Interesse an einer umfassenden Ausbildung in einer Schule XX hat, die den Volksmassen dient. Was im VBW durchgesetzt wird, kann nicht an Hand der Krisenpolitik des bürgerlichen Staates gezeigt werden, sondern nur am Klaasencharakter XXXXXXXX des Staates und daran, wie er dementsprechend das VBW organisiert. (Das hei=t nicht, daß kein Zusammenhang zur Krisenpolitik aufgezeigt wird, es wurde auch in allen Publikationen und im Referat getan).
In der Agitation haben viele Genssen Schwierigkeiten gehabt, aufzuzeigen,wie weit diese Maßnahme des Lehrerstops das Volk überhaupt betrifft. Solchen Schwierigkeiten kann man nicht damit begegnen, daß man lang und breit die Misere im VBW schildert, sondern nur damit, daß man zeigt, welche Ausbildung das Volk braucht, eine Ausbildung, die die Fähigkeit des Volkes erhöht, die Produktion in die Hand zu nehmen und voranzutreiben, und im Klassenkampf ihre Interessen richtig zu erkennen und durchzusetezen. So eine Ausbildung kann nur erreicht werden, wenn für das Recht des Volkes eingetreten wird, darüber zu entscheiden, wer an den Schulen ihre Kinder unterrichtet, und was sie lernen sollen. Diese Recht muß das Volk dem bürgerlichen Staat streitig machen,Wir können diesen Gedankengang noch nicht sehr gut, anschaulich und lebendig herausarbeiten, das müssen wir in der Agitation lernen.

Viel zu wenig ist die Frage von der Seite her behandelt worden, was die Maßnahmen für die Lehrerschaft bedeuten, und wie sie dagegen den Kampf aufnimmt. (In der S VBW wurde die Frage des Lehrerstopd zwar "für den Stadtverkauf" diskutiert, aber nicht auf Schritte hin, die wir in der Gewerkschaft unternehmen können). Hier wäre es notwendig gewesen, den Manövern der Gewerkschaft Öffentl. Dienst entgegenzutreten, die Gegnerschaft gegen die vielfältigen Spaltungen in der Lehrerschaft zu stärken, die Knebelung durch das Dienstrecht aufzuzeigen, die Frane in Verbindung zu bringen mit den Überstunden, der geringen Bezahlung etc. Vor allem aber wäre Kurs auf Resolutionen